

# Verliert Luzern im Wettbewerb?

**Firmensteuern** Der Luzerner Finanzdirektor rechnet bei einem Ja zur Unternehmenssteuerreform III mit positiven Folgen für den Kanton Luzern. Es gibt jedoch namhafte Ökonomen, welche dies stark bezweifeln.

Roseline Troxler  
roseline.troxler@luzernerzeitung.ch

Die Gegner der Unternehmenssteuerreform III, die am 12. Februar vors Volk kommt, sprechen von Millionengeschenken an privilegierte, ausländische Firmen. Sie rechnen mit Mindereinnahmen von 3 Milliarden Franken. Die Befürworter sehen die Reform als den Weg an, mit dem die Unternehmen in der Schweiz bleiben und einen höheren Beitrag als bisher abliefern. Hintergrund der Reform, gegen die SP, Grüne und Gewerkschaften das Referendum ergriffen, ist der Druck von EU und OECD auf die Schweiz, Steuerprivilegien abzuschaffen.

Der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann rechnet ab 2019 mit einem Mehrertrag von 34 Millionen Franken und total 170,4 Millionen an direkten Bundessteuern. Grund: Der Bund liefert den Kantonen einen höheren Anteil an direkten Bundessteuern ab – als Kompensation für die Ausfälle. Economiesuisse rechnet aufgrund von Zahlen aus dem Jahr 2015 hingegen mit einem tieferen Beitrag von rund 28,2 Millionen Franken (siehe Tabelle).

Der parteilose Regierungsrat betonte im August 2016, Luzern sei für die Reform gerüstet: «Wir sind in einer benedictenen Ausgangslage, weil unser Gewinnsteuersatz bereits tief ist und deshalb keine weitere Senkung notwendig wird.» Zurzeit hat der Kanton Luzern die tiefsten Unternehmenssteuern. Doch die anderen Kantone haben angekündigt, ihre Gewinnsteuersätze nach unten zu korrigieren. So will etwa der Kanton Zug die Unternehmenssteuern auf 12 Prozent und somit unter das Niveau von Luzern (12,5 Prozent) senken.

Rudolf Strahm, ehemaliger SP-Nationalrat und Preisüberwacher, äussert denn auch Zweifel an der optimistischen Haltung von Schwerzmann. Der renommierte Ökonom sagt: «Der Steuerwettbewerb wird bei einem Ja zur Reform enorm zunehmen. Die Disparität zwischen den Kantonen wird steigen.» Während er



Blick auf das Industriegebiet in Rotkreuz mit dem Hochhaus der Firma Roche Diagnostics.

Bild: Pius Amrein (16. Januar 2017)

Zug, Schwyz, Basel-Stadt und Waadt zu den Gewinnern zählt, erwartet er negative Folgen für finanzschwache Kantone wie Bern, Solothurn, Jura oder Kantone in der Innerschweiz. Negative Folgen seien auch für Luzern absehbar. Zwar sei der Verlust schwer zu beziffern. Doch er unterstreicht: «Luzern wird zum Opfer des verstärkten Steuerwettbewerbs.» Würde Luzern zu den Gewinnern der Reform zählen, hätte man schon in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung bei der Ansiedlung feststellen müssen, als Luzern auf 2012 hin die Unternehmenssteuern um die Hälfte gesenkt hatte, ist er überzeugt.

## «Dies ist erst ein Teilschritt im Senkungswettlauf»

Trotz der geplanten Senkungen des Gewinnsteuersatzes diverser Kantone wird Luzern eine Spitzenposition behalten. Doch Daniel Lampart, Chefökonom beim Gewerkschaftsbund, sagt: «Die angekündigten Senkungen sind erst ein Teilschritt im Senkungswettlauf.» Der Wettbewerb zwi-

schen den Kantonen werde ein Ausmass annehmen, wie man es bisher nicht gekannt habe. Negative Auswirkungen erwartet auch der interimistische Stadtluzerner Finanzdirektor Martin Merki (FDP). Bei einer offensiven Umsetzung der Reform rechnet er mit Steuerausfällen von mehreren Millionen Franken pro Jahr (Ausgabe vom 29. Dezember).

Doch es gibt auch Ökonomen, die Luzern im Vorteil sehen. Ma-

rius Brühlhart, Professor für Volkswirtschaftslehre in Lausanne, rechnet damit, dass die Reform den Kantonsfinanzen eher zuträglich sein wird. Auch Bruno Käch, Präsident der Zentralschweizerischen Vereinigung der diplomierten Steuerexperten, ist überzeugt: Luzern wird besser dastehen.

## Kantone entscheiden über Einsatz der Instrumente

Bei einem Ja zur Reform müssen ausländische Unternehmen, die bisher in der Schweiz kaum Steuern bezahlt haben, gleich viel zahlen wie hiesige. Damit es nicht zu einer Abwanderungswelle kommt, stehen den Kantonen mehrere neue Instrumente zur Verfügung. So können Gewinne aus Patenten tiefer besteuert werden, oder Kantone erhalten die Möglichkeit, einen Zinsabzug auf überdurchschnittlich hohem Eigenkapital zu gewähren.

Schwerzmann kündigt an, diese Instrumente, «falls überhaupt, nur sehr zurückhaltend» einzusetzen. Obwohl jeder Kanton über die Einführung entschei-

den kann, rechnet Lampart damit, dass bald alle Kantone das Maximum ausschöpfen werden. «Es wird zu einem Wettlauf nach unten kommen.» Insbesondere für den Kanton Luzern steige der Druck, die Instrumente einzusetzen, wenn Zug die Steuern senkt. Schwerzmann widerspricht: «Klug handelt, wer nicht einfach anderen Kantonen abschreibt, sondern eine massgeschneiderte Lösung für sich selber findet.»

Strahm kritisiert, dass der Kanton Luzern – im Gegensatz zu vielen anderen – noch nicht bekannt gegeben hat, welche Instrumente zum Einsatz kommen. «Ich finde es unseriös und irreführend, dass Schwerzmann das Modell noch nicht bekannt geben wollte.» Der Kritisierte kontert: «Die genaue Ausgestaltung kann erst beschlossen werden, wenn die Ausführungsbestimmungen des Bundes vorliegen.» Dies sei nicht vor der Abstimmung zu erwarten. Ebenfalls noch offen lässt Schwerzmann, wie viele Unternehmen von den Entlastungen profitieren würden.

## USR III: Das zahlt der Bund an die Kantone

	In Millionen Franken	In Franken pro Kopf
Luzern	28,2	71,4
Schwyz	33,2	217,5
Zug	73	607,8
Nidwalden	6,3	148,9
Obwalden	3,1	85,2
Uri	8,5*	235,1
Schweiz	1099,9	133,5

\* inklusive Ergänzungsbeitrag von 6,8 Mio. Franken / Quelle: Economiesuisse

## FDP sagt dreimal Ja

**Luzern** Die 194 Delegierten fassten gestern in Littau die Parolen für die eidgenössischen Vorlagen vom 12. Februar. Mit 121:68 am knappsten fiel das Ja zur erleichterten Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation aus. FDP-Kantonsrat Charly Freitag (Beromünster) warb für dieses Ja zur Vorlage, die ein harmonisiertes, noch immer strenges Verfahren bringe. Zudem sinke auch die Bürokratie. Nationalrat Peter Schilliger (Udligenswil) meldete sich als Gegner zu Wort: Dadurch, dass der Bund über diese Einbürgerungen entscheide, werde das ordentliche Verfahren auf den Kopf gestellt und der Föderalismus ausgehebelt.

Viel deutlicher wurden die beiden anderen Ja-Parolen gefasst. Mit 186:6 Stimmen (2 Enthaltungen) folgten die FDP-Mitglieder den Ausführungen von Kantonsrat Guido Bucher (Flühli), der den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) vorstellte.

Mit 164:24 (5 Enthaltungen) sagte die FDP auch deutlich Ja zur Unternehmenssteuerreform III, die von Felix Howald, Direktor der Innerschweizer Handelskammer, vorgestellt und von FDP-Nationalrat Albert Vitali (Oberkirch, pro) und seiner SP-Amtskollegin Priska Birrer-Heimo (Rothenburg, kontra) diskutiert wurde. (ca)

## So steht Luzern zu den Winterspielen

**Regierung** Swiss Olympic hat im letzten Frühling einen Kandidaturprozess für die Olympischen Spiele 2026 eröffnet. Sofern die Spiele in der Mehrheit der Kantone ausgetragen wird, unterstützt auch die Luzerner Regierung das Vorhaben. Daher will Kantonsrätin Monique Frey (Grüne, Emmen) in einer Anfrage von der Regierung wissen, weshalb sie «einen solchen Mega-Event in die Zentralschweiz» holen will und wie das Budget dafür aussieht.

Wie die Regierung nun in ihrer Antwort schreibt, habe sich der Kanton 2016 «nicht finanziell engagiert», auch seien «weiterhin keine Mittel eingestellt». Es sei derzeit auch keine Unterstützung aus dem Lotteriefonds vorgesehen. Die Bruttokosten für eine Kandidatur betragen laut Swiss Olympic 24 Millionen Franken. 16 Millionen würden Swiss Olympic und der Bund besteuern, die restlichen 8 Millionen müssten Kanton und Gemeinden übernehmen. Für Kanton und Stadt Luzern wären laut Regierung mit Ausgaben von rund einer Million zu rechnen.

## Regierungsrat sieht touristisches Potenzial

Die Regierung hält ferner fest: Es sei nie die Absicht gewesen, die Olympischen Spiele in der Zentralschweiz durchzuführen. Doch es gebe hier Infrastrukturen wie die Skisprunganlage in Engelberg oder die Eissporthalle Bossard-Arena in Zug, die sich für Wettkämpfe eignen würden.

Ein nationales Kandidaturdossier berge aus touristischer Sicht Chancen, da der Bekanntheitsgrad einer Destination «nachhaltig» gesteigert werde. Mit einer Netto-Zimmerauslastung von 50,6 Prozent habe die Tourismusregion Vierwaldstättersee Potenzial. (fi)

## Entschädigung: Rat soll es regeln

**Kantonsparlament** Als Beitrag ans Sparpaket KP 17 will Kantonsrat Guido Müller (SVP, Ebikon) mittels Motion eine Kürzung der Fraktionsentschädigung ermöglichen. Diese passt sich nicht an die Lohnentwicklung beim Staatspersonal an – anders als die Grundentschädigung der Parlamentarier von 6000 Franken pro Jahr. Müller schlägt vor, bei einer Lohnreduktion des Staatspersonals um 0,1 Prozent auch die Entschädigung an die Fraktionen um jeweils 1000 Franken zu kürzen. Jede Fraktion des Kantonsrats erhält derzeit jährlich einen Grundbeitrag von 15 000 Franken sowie einen Zusatzbeitrag pro Mitglied.

Die Regierung beantragt die Ablehnung der Motion und erachtet es «als nicht opportun», inhaltlich Stellung zu nehmen. Eine Kürzung des Grundbeitrags sollte durch den Kantonsrat selbst geregelt werden. (fi)

## Flüchtlinge dürfen gratis an der Uni studieren

**Luzern** Ab Februar sind an der Universität Flüchtlinge als Hörer zugelassen. Ein Ansturm wird nicht erwartet.

An den Universitäten Basel, Genf und Zürich ist das Angebot bereits etabliert (Ausgabe vom 29. August 2016), jetzt zieht auch Luzern nach. Ab dem Frühjahrssemester 2017 können maximal zehn im Kanton Luzern wohnhafte Flüchtlinge an der Uni ein Semester lang studieren – kostenlos. Das teilt die Universität mit. Ob alle zehn Plätze vergeben werden können, ist laut Mediensprecher Lukas Portmann schwer abzuschätzen.

Die Flüchtlinge können ab dem 20. Februar aus über 200 Lehrveranstaltungen maximal vier Vorlesungen oder Seminare pro Woche aussuchen und als Hörer besuchen. Das bedeutet, dass die Flüchtlinge in die Hörsäle dürfen, ohne jedoch eine Prüfung abzulegen, um damit Credit Points

und einen Abschluss zu erhalten. Dafür erhalten sie eine Teilnahmebestätigung. Ein kostenpflichtiges Hörerangebot für interessierte Personen kennt die Uni Luzern schon lange. Am Programm beteiligen sich auch Studenten, welche die Flüchtlinge betreuen.

## Deutschkenntnisse zwingend

Als Hörer sind nur jene Flüchtlinge zugelassen, die mindestens 21 Jahre alt sind und sich in der jeweiligen Sprache der Lehrveranstaltung verständigen können (Sprachlevel B2). Zudem müssen sie über eine Aufenthaltsbewilligung B oder F verfügen. Priorität haben Personen, die vom Schweizerischen Arbeitshilfswerk (SAH) Zentralschweiz betreut werden. (red)

## CVP-Gruppe und SVP geraten sich in die Haare

**Luzern** Die SVP schade dem Gewerbe, findet eine CVP-nahe Arbeitsgemeinschaft. Und erntet ihrerseits Kritik.

Heisst das Stimmvolk Ende Mai das SVP-Referendum gegen die Erhöhung des Steuerfusses auf 1,7 Einheiten gut, hat Luzern bis im Spätherbst kein Budget. Das Referendum, folgert die CVP-nahe Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) daraus, sei «gewerbefeindlich». Dies deshalb, weil fast ein Jahr lang keine neuen Projekte ausgedacht werden könnten und so viele Gewerbetreibende keine Aufträge erhielten. Die SVP lähme mit dem Referendum den Kanton, kritisiert der AWG-Vorstand. Für Josef Wyss, der die fast 500 Mitglieder zählende Vereinigung präsidiert, ist die vom Kantonsrat beschlossene Steuererhöhung ein Befreiungsschlag. «Nur damit schaffen wir einen Turnaround», sagt der CVP-Kantonsrat.

Bei SVP-Fraktionschef Guido Müller (Ebikon) kommt die Kritik der AWG schlecht an. Die SVP nehme bloss ein demokratisches Recht wahr. Die Abstimmung werde zeigen, wie das Volk denke. Den Vorwurf, eventuell bis weit in den Herbst hinein für einen Projektstopp verantwortlich zu sein, kontert Müller so: «CVP und FDP waren geschlossen gegen das obligatorische Referendum, welches einen budgetlosen Zustand auf sechs Wochen verkürzt hätte. Hätten sie dazu Ja gesagt, könnte die klärende Abstimmung schon am 12. Februar stattfinden.» Die drei CVP-Kantonsräte im AWG-Vorstand – Josef Wyss (Eschenbach), Urs Marti (Zell) und Inge Lichtsteiner (Egolzwil) – stimmten gegen das obligatorische Referendum. (nus)